

## II. MEDIENKULTUR

**Wolfgang Bergsdorf: Herrschaft und Sprache. Studie zur politischen Terminologie der Bundesrepublik Deutschland.**- Pfullingen: Neske 1983, 342 S., DM 48,-

Das Thema "Sprache und Politik" ist während der letzten Jahrzehnte in der Bundesrepublik immer wieder aufgegriffen worden, und zwar weniger in der Politikwissenschaft und Soziologie als vor allem in der Germanistik seit deren vorübergehend stärkerer Hinwendung zum politisch-gesellschaftlichen Bereich. Hierbei erfolgte in den Einzelwissenschaften und interdisziplinär eine Methoden- und Theoriebildung nur ansatzweise und völlig unsystematisch, sofern überhaupt die Ebene des Feuilletons überschritten wurde. Wolfgang Bergsdorf, der Verfasser der neuesten größeren Abhandlung zum Gegenstand, einer Bonner Habilitationsschrift, untersucht die "Entwicklung der politischen Terminologie in der Bundesrepublik Deutschland" - ein "Brachland der politikwissenschaftlichen Forschung". Bergsdorf stellt die Wirkungen politischer Kommunikation und deren Abhängigkeit von historisch-politischen Voraussetzungen mit einer Sicherheit fest, die daran zweifeln läßt, ob er sich ernsthaft mit der Theorie, den Methoden und empirischen Ergebnissen der gegenwärtigen Kommunikationswissenschaft einschließlich ihrer offenen Fragestellungen und widersprüchlichen Resultate auseinandergesetzt hat. Er fällt damit noch hinter seine frühere Publikation 'Politik und Sprache' (München 1978) zurück, die ebenfalls nur sehr punktuell verfährt und beispielsweise bei der Einbeziehung der Soziolinguistik über Oevermann und Bernstein nicht hinausgeht. Das Modell Bergsdorf ist altbekannt und sehr einfach. Danach werden aufgrund bestimmter Voraussetzungen und sprachlich umgesetzter Absichten die politischen Handlungsfelder mit bestimmten Begriffen und mit neuen Inhalten gängiger Begriffe besetzt. Zweifellos ist das Modell im Kern richtig, nur abstrahiert Bergsdorf dabei von der Komplexität gesellschaftlicher Kommunikation und der dabei zu berücksichtigenden sozialen, kognitiven, psychischen, historischen und kontext- und kommunikationssituativen Faktoren. Zweifel an der empirischen Absicherung seines Modells kann Bergsdorf jedoch nicht zulassen, denn letztlich geht es ihm wie in allen seinen bisherigen Publikationen darum, den Spieß "linker" Sprachkritik an der (Alternativen erschwerenden) Herrschaftsfunktion der politischen Sprache in der Bundesrepublik gleichsam herumzudrehen, wenn er den Nachweis zu erbringen glaubt, politische Bewußtseinsveränderungen gegen Ende der sechziger Jahre und die sozialliberale Koalition seien in hohem Maße das gezielte sprachmanipulative Werk "linker" Ideologen und Strategen.

Obwohl er den Einfluß sozialen Wandels auf politische Sprache als gegeben ansieht, dringt seine Analyse doch nicht durch die politische Erscheinungsebene hindurch. Seine Studie bleibt eine aus politischen Texten und der Tagespublizistik entnommene Sammlung von tatsächlichen oder dazu hochstilisierten Schlüsselbegriffen, deren Wandel entsprechend einem formalen Gliederungsschema - Vorkriegs- und Adenauerzeit, Erhard und Große Koalition, Sozialliberale Koalition - dokumentiert und so interpretiert wird, daß sich der wechselseitige funktionale

Bezug der Begriffe zur Innen-, Deutschland- und Außenpolitik weitgehend auf die Ebene von politischen Herrschaftstechniken beschränkt. Was Ideologiekritik und Vorurteilsforschung, die das sozialökonomische Substrat miteinbezieht, leisten könnte, das kann auch gar nicht deutlich werden, denn Bergsdorf reduziert politische Sprache auf ordnungsstiftende, bewertende, appellative und persuasive Funktionen. Entgegen seiner Behauptung ist öffentlich-politisches Sprechen aber nicht immer Sprechen in persuasiver Funktion. Wahlkampagnen und sogar längerfristig angelegte semantische Strategien, wie sie Bergsdorf für die CDU des letzten Jahrzehnts dokumentiert, bleiben ebenso relativ wirkungslos wie die in ihrer Wirkung generell überschätzten aktuellen politischen Informationen der Massenmedien, wenn sie nicht auf ihnen günstige soziale, ideologische und politische Voraussetzungen treffen. Wenn Bergsdorf mehr Rationalität der politischen Sprache fordert, so ist ihm zuzustimmen, nur kann diese Rationalität nicht durch semantische Operationen und Fixierungen entstehen, sondern durch die Methode der politischen Analyse und Klärung von Interessenlagen. Über die Normativität der politischen Begriffe entscheiden wie bei der Fixierung von Rechtsnormen der politische Prozeß und die ihm zugrundeliegenden gesellschaftlich-politischen Herrschaftsstrukturen und Machtkonstellationen. Außerhalb des politischen Prozesses kann ein Konsens beispielsweise über den Begriffsinhalt von Demokratie, den Bergsdorf semantisch und damit politisch gefährdet sieht, nur abstrakt erfolgen. Der Demokratiebegriff des Grundgesetzes leitet sich von einem normierenden politischen Akt und nicht von einem vorgegebenen Absolutum ab. Die Sachgerechtigkeit von politischen Begriffen und ihrer Anwendung bemißt sich somit an ihrer politisch fixierten Normativität und daran, ob das Bezeichnende mit dem Bezeichneten übereinstimmt. Das Postulat, die politische Sprache müsse wieder sachgerechter werden und der semantischen Aufweichung der Verfassung sei entgegenzutreten, nährt anderenfalls den Verdacht einer Verabsolutierung des eigenen politischen Standortes. Nicht für die wissenschaftliche, aber für die politische Qualität dieser Forderung spricht, daß der Bundeskanzler jüngst eben diese Aussagen Bergsdorfs der politischen Öffentlichkeit unterbreitet hat.

Lothar Döhn